

Reiner Biegel

# Die alten und die neuen Pharaonen

Das Regime Mubarak nach dem  
Plebiszit vom 26. September 1999

Das Jahr 1999 war für die Herrscher Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens kein gutes Jahr. Am 7. Februar starb nicht unerwartet der jordanische König Hussein im Alter von 63 Jahren an Krebs. Einen Monat später, am 6. März, wurde der Tod von Isa Bin Salman Al-Khalifa, Herrscher über das kleine Emirat Bahrain, gemeldet. Er wurde 65 Jahre alt. Sein Tod kam ebenso überraschend wie der des marokkanischen Königs Hassan II., der noch kurz zuvor seinen siebzigsten Geburtstag gefeiert hatte und am 23. Juli einer Lungenembolie erlag. Zwar weder Herrscher noch Thronfolger, aber doch Angehöriger eines Königshauses, überlebte Prinz Faisal, ältester Sohn des Königs Fahd von Saudi-Arabien, einen Herzanfall nicht. Er wurde nur 54 Jahre alt. Der 76 Jahre alte König ist selbst schwer herzkrank.

## ■ Generationenwechsel zwischen Atlantik und Arabisch-Persischem Golf

Zwischen den Hauptstädten Rabat und Amman vollzieht sich ein Generationenwechsel.<sup>1)</sup> Auf dem Sterbebett bestimmte König Hussein anstelle seines jüngeren Bruders Hassan, 51 Jahre alt, seinen 37jährigen Sohn Abdallah als Thronfolger. In Marokko regiert jetzt Mohamed VI., der 35 Jahre alte Sohn des verstorbenen Königs Hassan II., und in dem kleinen Golf-Emirat Bahrain hat der älteste Sohn als Emir Hamad Bin Isa Al-Khalifa die Regierungsgeschäfte übernommen. Sowohl Mohamed VI. als auch Emir Hamad waren von ihren Vätern schon

**In arabischen Republiken stellen sich die Präsidenten regelmäÙig in Wahlen, teils mit, teils ohne Gegenkandidaten, dem Volk, um ihre Herrschaft zu legitimieren. Am 26. September 1999 wurde Ägyptens Präsident Hosni Mubarak mit knapp 94 Prozent der abgegebenen Stimmen in einem Referendum ohne Gegenkandidaten für eine vierte sechsjährige Amtszeit bestätigt. Das Ergebnis ist keine Überraschung, bietet aber die Möglichkeit, den Blick auf das Verhältnis von Herrschaft und deren Legitimation in den arabischen Republiken zu richten.**

- 1) Siehe dazu „Die eigene Sterblichkeit bleibt ein Tabu. Die Potentaten der arabischen Welt lassen die Nachfolgefrage ungeklärt – Westen ist unvorbereitet“, in: *Die Welt*, 8.2.1999; „Die neuen Pharaonen“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 25.7.1999; „Wechselspiele im Nahen Osten. Viele arabische Führer sehen dem Ende ihrer Karriere entgegen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.8.1999.
- 2) Vgl. „Weniger Verbote in Jordaniens Pressegesetz. Journalismus als Hochseilakt oder Auffangnetz?“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 8.9.1999.
- 3) S. dazu: „Die Demokraten in Marokko hoffen auf ihn“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.7.1999; „Mohammed joins faces of ‚new Middle East‘“, in: *Middle East Times*, 29.7.-4.8.1999; „Victims of past regime hope for new era with Hassan’s son“, in: *Middle East Times*, 29.7.-4.8.1999; „A royal ‚guardian of the poor‘“, in: *Al-Abram Weekly*, 5.-11.8.1999.
- 4) S. dazu: „Tough times ahead for new emir und Bahrain’s new ruler“, in: *Al-Abram Weekly*, 11.-17.3.1999.

seit längerem mit innen- und außenpolitischen Missionen betraut und somit auf eine Nachfolge vorbereitet worden. Die jungen Monarchen bringen frischen Wind in die Politik der durch innen- und außenpolitische Krisen geschüttelten Nah- und Mittelostregion. König Abdallah II. von Jordanien sucht außenpolitisch den Ausgleich mit Syrien und gibt mit der Übergabe der Verwaltung der heiligen muslimischen Stätten in Jerusalem letzte jordanische Bastionen an die Palästinenser zurück. Innenpolitisch gibt es Anzeichen vorsichtiger demokratischer Reformen<sup>2)</sup>. König Mohamed VI. von Marokko will nach jahrelanger Eiszeit wegen der Westsaharfrage endlich die frostigen Beziehungen mit Algerien normalisieren. Beim Amtsantritt ließ er mehrere hundert politische Gefangene begnadigen.<sup>3)</sup> Bahrains junger Emir will das sunnitische Herrscherhaus der Al-Khalifa mit der schiitischen Bevölkerungsmehrheit versöhnen, die immer wieder vergeblich aufbegehrt hatte.<sup>4)</sup>

Der Westen war auf die neuen jungen Herrscher kaum vorbereitet. Zu sehr hatte man in den Hauptstädten Europas und in Washington auf deren Väter gesetzt, als lebten sie ewig. So normal in parlamentarischen Demokratien westlichen Zuschnitts Wahlen und damit verbundene Machtwechsel sind, so sehr hat man die alten ‚Pharaonen‘ im Nahen und Mittleren Osten als noch lange gültige Konstanten angesehen. Wie die Söhne auf die Throne ihrer Väter folgten, war, allen herbeigeredeten möglichen Krisen zum Trotz, eher nüchtern und geschäftsmäßig erfolgt. In Monarchien wird die politische Nachfolge durch familiäre Erbfolge vollzogen.

Wie sieht es aber in den republikanischen Systemen der Region aus? Da deren Herrschern eine wirkliche demokratische Legitimation fehlt, bereitet es ihnen weitaus größere Schwierigkeiten, ihre eigene Nachfolge zu regeln. Gemeinsam ist allen, daß sie schon eine militärische Karriere hinter sich hatten, als sie meist durch einen Putsch das höchste Staatsamt übernahmen.

Oberst Muammar Al-Ghaddafi, mit 56 Jahren noch der jüngste unter den die arabischen Republiken regierenden Führern und Libyens starker Mann, putschte sich am 1. September 1969 ebenso an die Macht wie der heute 69jährige syrische Präsident

Hafiz Al-Asad, der als Verteidigungsminister und Luftwaffenchef im November 1970 in Damaskus in einer unblutigen Palastrevolte die Regierungsgeschäfte übernahm. Yassir Arafat, der 70 Jahre alte Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, ist seit 1969 Vorsitzender der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO. Der 57jährige Ali Abdallah Saleh, ehemals Oberst in der nordjemenitischen Armee, ist nach der Ermordung seiner beiden Vorgänger, die ebenfalls Militärs waren, seit 1978 Präsident des Nordjemen und seit 1990 auch Staatschef der beiden vereinigten Nord- und Südjemen. Der jetzt 62jährige irakische Diktator Saddam Hussein, schon seit Mitte der sechziger Jahre der eigentliche starke Mann im Irak, entledigte sich im Juli 1979 in einem blutigen Handstreich seiner politischen Kontrahenten. Ägyptens Präsident, Hosni Mubarak, 71jährig, ist wie seine drei Vorgänger im Präsidentenamt ehemaliger Offizier. Als Vizepräsident fiel ihm gemäß der Verfassung nach der Ermordung von Präsident Anwar Al-Sadat am 6. Oktober 1981 durch Mitglieder des radikal-islamistischen *Djihad* das höchste Staatsamt zu. In Tunesien setzte am 7. November 1987 der heute 63jährige Zine El-Abidine Ben Ali, ehemaliger General, Geheimdienstchef, Verteidigungs- und zuletzt Premierminister, seinen politischen Ziehvater, den greisen Staatspräsidenten Habib Bourguiba, wegen Amtsunfähigkeit ab. Algeriens Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika, 62 Jahre alt, gilt vielen algerischen Wählern als Repräsentant des ‚ancien régime‘ und Wunschkandidat der Generäle, die hinter den Kulissen die Fäden ziehen. Unter Staatspräsident Houari Boumedienne war er zwischen 1968 und 1978 Außenminister.

Mangels nicht zugelassener personeller Alternativen oder chancenloser Gegenkandidaten zur Wahrung einer demokratischen Fassade ließen sich die Staatsschefs mehrmals für neue Amtsperioden in ihren Ämtern vom Volk bestätigen. Am 8. Februar 1999 ließ sich Hafiz Al-Asad für weitere sieben Jahre im Präsidentenamt vom Volk bestätigen. Am 15. April 1999 wurde Abdelaziz Bouteflika als einziger Kandidat mit 73 Prozent Ja-Stimmen in das höchste Staatsamt gewählt<sup>5)</sup>. Wegen befürchteter Manipulationen hatten sieben weitere Mitbewerber kurz vor den Präsidentschaftswahlen ihre Kandidaturen zu-

5) S. dazu: David Robert: „Vertragter Neubeginn – Algerien nach den Präsidentschaftswahlen vom 15. 4. 1999“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 08/99, S. 129-144 sowie das Dossier von *Le Monde* unter <http://www.lemonde.fr>: „L’Algérie de Bouteflika“ mit mehr als 20 Artikeln und Analysen.

- 6) Vgl.: „Première élection présidentielle au suffrage universel au Yémen“, in: *Le Monde*, 25. 9. 1999; „Jemens Präsident im Amt bestätigt. Verpasste Chance einer echten Legitimation“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27. 9. 1999; „Saleh bleibt Jemens Staatspräsident. Sozialistische Opposition bezeichnet Abstimmung als Farce“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27. 9. 1999.
- 7) S. dazu: „Langer Weg der kleinen Schritte. Zwei Gegenkandidaten fordern den tunesischen Präsidenten Ben Ali heraus“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 8. 1999.
- 8) S. dazu: „Arabien fürchten bei einem Angriff auf den Irak Unruhe im eigenen Land“, in: *Die Zeit*, Nr. 9, 1998.

rückgezogen. Der jemenitische Präsident Saleh wurde am 23. September 1999 mit 96,3 Prozent für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Sein Gegenkandidat Najib Kahtan Al-Shaabi, obwohl der gleichen Partei wie Saleh angehörend, war mit 3,7 Prozent chancenlos<sup>6)</sup>. Am 26. September 1999 wurde Ägyptens Präsident Hosni Mubarak ohne Gegenkandidaten für eine vierte sechsjährige Amtszeit per Volksentscheid mit 93,79 Prozent wieder gewählt. Bei den am 24. Oktober 1999 in Tunesien stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen steht der Sieger bereits fest. Trotz zweier Gegenkandidaten wird der amtierende Präsident Ben Ali mit großer Mehrheit im Amt bestätigt werden. Seine beiden Gegenkandidaten werden in der tunesischen Presse nicht als solche bezeichnet, sondern „als Mitwirkende am nationalen Dialog- und Toleranzprojekt Ben Alis“<sup>7)</sup>

Jetzt, im fortgeschrittenen Alter – alle sind zwischen 60 und 70 Jahre alt und zum Teil krank –, können sie der Nachfolgefrage nicht mehr ausweichen. Hier wird das ganze Dilemma der arabischen Republiken deutlich. Den greisen Autokraten stehen junge Bevölkerungen gegenüber, von denen mehr als die Hälfte jünger als 30 Jahre ist. Im Gegensatz zu den Monarchien müssen sich die Präsidenten mit wachsenden Legitimationsdefiziten auseinandersetzen<sup>8)</sup>. Zu diesen Legitimationsdefiziten trägt auch bei, daß die Herrscher entweder nur eine religiöse Minderheit repräsentieren, wie in Syrien (Hafiz Al-Asad gehört der islamischen Sekte der Alawiten an), oder aus einer regional eng begrenzten Region stammen, wie im Irak (Saddam Hussein stammt aus der Stadt Takrit).

### ■ Arabische ‚Erbrepubliken‘?

Seit einiger Zeit scheinen sich die Staatspräsidenten arabischer Republiken die Monarchien zum Vorbild zu nehmen und ihre Herrschaft in familiäre Erbhöfe umwandeln zu wollen. Patronage, Vetternwirtschaft und Clandenken gilt zwar in arabischen Staaten als durchaus normal und ist kein neues Phänomen, daß aber mittlerweile ganz offen die Söhne der greisen Herrscher auf eine mögliche Nachfolge vorbereitet werden, wird nicht nur in den Staaten selbst aufmerksam registriert.

Ein Beispiel ist Syrien. Zwar hat Präsident Hafiz Al-Asad mit Abdelhalim Khaddam einen Vizepräsidenten eingesetzt, jedoch bleibt er Amtsinhabern gegenüber mißtrauisch.

Hafiz Al-Asad hatte seinen ältesten Sohn Basil Anfang der neunziger Jahre als seinen Nachfolger aufbauen wollen, nachdem er mit seinem Bruder Rifaat schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Dieser versuchte in den achtziger Jahren zu putschen, so daß er ihn entmachtete und ins Exil schickte. Doch aus diesen Plänen wurde nichts, als Basil im Januar 1994 bei einem Autounfall tödlich verunglückte. Darauf rief Asad seinen zweitältesten Sohn Baschir, einen 34jährigen Augenarzt, aus London zurück. Seitdem wird er gezielt auf eine politische Karriere vorbereitet. In einem Schnellkursus absolvierte er eine Offiziersausbildung und wird seitdem von seinem Vater mit politischen Missionen beauftragt.

Der selbst im Putschen erfahrene irakische Diktator Saddam Hussein traut offenbar nur noch seinen Söhnen Uday und Kusay. Seine beiden Schwiegersöhne, General Hussein Kamel Al-Majid und sein Bruder Saddam Kamel, der als Oberst ebenfalls in der irakischen Armee diente, rebellierten am 8. August 1995 gegen Saddam Hussein und flohen nach dem Scheitern mit ihren Familien nach Jordanien. Nach ihrer Rückkehr wurden sie am 23. Februar 1996 in Bagdad ermordet.

In Ägypten hat sich Präsident Mubarak, im Gegensatz zu den früheren Präsidenten, die beide nach einer gewissen Amtszeit einen potentiellen Nachfolger präsentierten (bei Präsident Gamal Abdel Nasser war es der 1981 ermordete Anwar El-Sadat, der wiederum 1975 Mubarak zum Nachfolger bestimmt hatte), bisher bedeckt gehalten. Trotz seiner 71 Jahre gilt sein Gesundheitszustand als ausgezeichnet. In Ägypten halten sich trotz Dementis hartnäckig Gerüchte, daß Mubaraks ältester Sohn Gamal einmal die Rolle seines Vaters übernehmen soll<sup>9)</sup>. Bisher profitiert er als Geschäftsmann vom „Regime Mubarak“. Gerüchte besagen, es solle eine neue Partei gegründet werden, der vornehmlich Geschäftsleute angehören sollen. Gamal Mubarak würde die Parteiführung übernehmen und dadurch auf elegante Weise auf das politische Parkett gehievt werden.

9) S. dazu: „Mubarak yanfa ‘ayy daurin siyasiyin li-‘ibniti Gamal fi al-marhala al-muq-bila“ (Mubarak leugnet irgend eine politische Rolle für seinen Sohn Gamal in der nächsten Zeit) in: *Al-Hayat*, 19. 9. 1999.

## ■ Staatsoberhaupt im Nahen Osten leben gefährlich

Bei der Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar Al-Sadat am 6. Oktober 1981 durch Armeemitglieder und Mitglieder der radikal-islamistischen Dschihad-Gruppe war Hosni Mubarak 53 Jahre alt<sup>10)</sup>. Wie durch ein Wunder entging er dem Anschlag unverletzt. Zu diesem Zeitpunkt war Mubarak Sadats rechte Hand und Vizepräsident. Eine Woche später wurde er gemäß der Verfassung zum Präsidenten gewählt.

Während seiner Amtszeit erwies er sich als im wahrsten Sinne des Wortes langlebiger als viele Pessimisten prophezeit hatten. Er überlebte mindestens noch fünf weitere Anschläge, darunter den Attentatsversuch radikaler Islamisten im Juni 1995 in Addis Abeba, wo er sich anlässlich der Gipfelkonferenz afrikanischer Staaten aufhielt.

Drei Wochen vor dem vierten Referendum gelang es am 6. September 1999 in der ägyptischen Hafenstadt Port Said einem Mann trotz der massiven Präsenz von Sicherheitskräften, bis zum Wagen des Präsidenten vorzudringen. Bei dem Versuch, Mubarak mit einem Messer zu attackieren, starb der Attentäter im Kugelhagel der Leibwächter. Die ägyptischen Behörden versicherten umgehend, daß es sich bei dem 40jährigen Mann um einen Einzeltäter gehandelt habe, dem keinerlei Verbindungen zu militanten islamistischen Organisationen nachzuweisen seien. Trotzdem verstummten die Gerüchte nicht, ob er nicht doch Verbindungen zu radikal-islamistischen Gruppen unterhalten habe. Die schnelle Reaktion des ägyptischen Innenministeriums wird verständlich vor dem Hintergrund, Befürchtungen in der Bevölkerung sowie im Ausland vor einer neuen Attentatswelle zu zerstreuen. Islamistische Terroristen hatten im Jahr 1997 zwei Attentate in Kairo und Luxor verübt, denen mehrere Dutzend Touristen zum Opfer gefallen waren.

## ■ Hosni Mubarak: vom General zum Präsidenten

Bei Mubaraks Amtsantritt befand sich Ägypten innen- wie außenpolitisch in einer schwierigen Situation. Sein Vorgänger Sadat hatte in den siebziger

10) S. dazu: „In den Fußstapfen des Vorgängers Sadat. Der ägyptische Staatspräsident wird siebzig“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. 5. 1999 und „Flucht in die Weltpolitik“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 15. 10. 1999.

Jahren eine radikale innen- und außenpolitische Kehrtwende vollzogen. Sadat versuchte mit einer wirtschaftlichen Öffnung (arab. *Infitah*) die stagnierende Wirtschaft zu beleben und stieß dabei auf den erbitterten Widerstand der Nasseristen und Linken, die in der neuen Wirtschaftspolitik einen Verrat an dem staatssozialistischen Modell Nasser'scher Prägung witterten. Als Gegengewicht förderte Sadat die Gründung „Islamischer Gemeinschaften“ an den Universitäten und duldete stillschweigend Aktivitäten der unter Nasser verbotenen Muslimbruderschaft. Zwar entstand durch die „Öffnungspolitik“ eine Schicht von Neureichen, die große Mehrheit der Bevölkerung profitierte aber nicht davon. Im Gegenteil: nach der Kürzung von Lebensmittelsubventionen 1977 kam es zu „Brotunruhen“, die blutig unterdrückt wurden.

Außenpolitisch war Ägypten in der muslimischen und insbesondere in der arabischen Welt wegen des Separatfriedens mit Israel seit 1979 immer noch isoliert. Das größte arabische Land war immer noch aus der Arabischen Liga ausgeschlossen. Die außenpolitische Orientierung Sadats nach Westen wurde von den arabischen Nachbarn mit Mißtrauen verfolgt.

Hosni Mubarak, was „der Gesegnete“ bedeutet, wurde am 4. Mai 1928 in der Nildeltaprovinz Minufyya geboren. Den Bewohnern dieser Provinz wird eine Bauernschläue und geschäftliche Gerissenheit nachgesagt. Wie viele hochrangige Vertreter in Politik und Wirtschaft begann Mubarak seine Ausbildung an der ägyptischen Militärschule und absolvierte eine Bilderbuchkarriere in der Armee. Er besuchte die Luftwaffenakademie, wurde Pilot, Ausbilder und Führer einer Flugzeugstaffel. Zur weiteren Ausbildung wurde er in die Sowjetunion geschickt. Nach dem Sturz König Faruks durch die „freien Offiziere“ Nassers wurde er Luftwaffengeneral. 1969 beförderte ihn Nasser zum Personalchef der Luftwaffe und nach dessen frühen Tod 1970 ernannte ihn Präsident Sadat 1972 zum Oberkommandierenden der Luftwaffe und stellvertretenden Verteidigungsminister.

Nach dem Teilerfolg der arabischen Armeen im Oktoberkrieg von 1973 begann die zivile Karriere Mubaraks, als ihn Sadat 1975 zum Vizepräsidenten und damit zu seinem Nachfolger bestimmte. Dafür

mußte Mubarak seine Uniform an den Nagel hängen. 1979 wurde er stellvertretender Vorsitzender der Regierungspartei NDP, deren Vorsitz er nach Sadats Tod 1982 übernahm. 1981, 1987 und 1993 wurde er per Volksentscheid für jeweils sechs Jahre im Präsidentenamts bestätigt<sup>11)</sup>.

11) Vgl. dazu: Olaf Köndgen, „Präsidentenwahlreferendum in Ägypten: Mubarak zu Beginn seiner dritten Amtsperiode“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 3/94, S. 81-104.

12) Vgl. dazu Friedemann Büttner, Inge Klostermeier, Ägypten, München 1991; Cilja Harders, „Die Furcht der Reichen und die Hoffnungen der Armen – Ägyptens schwieriger Weg zur Demokratie“, in: Gunter Schubert, Rainer Tezlaff (Hrsg.), *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*, Opladen 1998, S. 267-295; Holger Albrecht, Peter Pawelka, Oliver Schlumberger, „Wirtschaftliche Liberalisierung und Regimewandel in Ägypten“, in: Renate Schmidt (Hrsg.), *Naher Osten. Politik und Gesellschaft* (= Reihe Potsdamer Textbücher Bd. 3), Berlin 1998, S. 136-158; Ferhad Ibrahim, „Der schwierige Weg zur Demokratie im Vorderen Orient“, in: Peter Pawelka, Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Der Vorderer Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Opladen, Wiesbaden, S. 101-120 sowie die Beiträge in Ferhad Ibrahim (Hrsg.), *Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten* (= Demokratie und Entwicklung Bd. 19), Münster, Hamburg 1995.

### ■ Mubarak als Friedensstifter

Als „Mann für schwierige Missionen“, wie ihn die ägyptische Tageszeitung *Al-Akhbar* charakterisierte, betrieb Mubarak beharrlich die Wiedereingliederung Ägyptens in die arabische Staatengemeinschaft. Die Arabische Liga, die nach der Suspendierung Ägyptens 1979 in Tunis provisorisch ihren Sitz genommen hatte, kehrte 1989 an den Nil zurück.

Außenpolitisch avancierte er zum Chefvermittler nicht nur im unruhigen Nahen Osten. Allein 1999 vermittelte er erfolgreich im Konflikt zwischen der Türkei und Syrien wegen der Unterstützung der PKK durch Syrien. Im Sudan-Konflikt zur Beendigung des Bürgerkrieges zwischen dem muslimischen Norden und dem christlich-animistischen Süden nimmt Ägypten eine Schlüsselstellung ein. Mubarak scheut sich nicht, selbst in entfernten Regionen Konfliktparteien seine Vermittlungsdienste anzubieten, so geschehen im Falle der beiden koreanischen Staaten und im Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Daß sein diplomatisches Geschick vor allem im immer wieder stockenden Nahost-Friedensprozeß besonders gefragt ist, zeigen die regelmäßigen Gespräche mit Yassir Arafat, den Israelis, den Jordanern sowie den Amerikanern und Europäern. Kritiker bescheinigen ihm aber auch eine Flucht in die Weltpolitik, wenn es darum geht, die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme im eigenen Land anzugehen: „Nasser nationalisierte den Suez-Kanal, Sadat eroberte den Sinai zurück und Mubarak leitete den Verkehr um“, kommentieren die Ägypter ironisch die Taten ihres Präsidenten.

### ■ Das Regime Mubarak

Im Unterschied zu seinen beiden Vorgängern Nasser und Sadat fehlt Mubarak der personalistisch-charismatische Führungsstil<sup>12)</sup>. Er präsentiert sich als küh-



ler Rationalist und politischer Manager. Trotz der herausgehobenen Stellung der Präsidenten in den arabischen Republiken stützen sich diese auf sogenannte „Regimekoalitionen“. Dabei handelt es sich um Gruppen wie Parteimitglieder, enge Berater, Militärs sowie Vertreter staatlicher und privater Unternehmen.

Im engsten politischen Umfeld greift Mubarak auf Zivilisten mit professionellem Hintergrund zurück, die nicht über eine klientelistische Machtbasis verfügen. Dies ist bei der Herrschaftsausübung und für den Machterhalt wichtig, da dadurch dem Präsidenten keine unliebsame Konkurrenz erwächst. Zivile Politiker ohne Machtbasis innerhalb der Regimekoalition sind deshalb zu schwach, um sich als mögliche Nachfolger neben dem Präsidenten profilieren zu können. Der Wechsel der politischen Elite wurde von Mubarak auf ein Minimum beschränkt, wodurch es zu einer Überalterung dieser politischen Gruppe kam. Manche Minister sind auf dem gleichen oder auf verschiedenen Posten bereits mehr als zwanzig Jahre im Amt.

Ein wichtiges Instrument von Mubaraks Herrschaft ist die National-Demokratische Partei NDP. Die Loyalität der Regierungspartei und deren Mitgliedern ergibt sich aus der Nähe zum Präsidenten, der wie in anderen arabischen Ländern auch (z.B. in Tunesien und in Syrien) gleichzeitig Vorsitzender der Partei ist. Ihr gehören höhere Staatsangestellte, Gouverneure, Stadträte, Dorfvorsteher, Vertreter der Privatwirtschaft und Militärs an. Eine differenzierte landesweite Organisationsstruktur in Form von Parteibüros und angegliederten Organisationen nutzt das Regime zur Mobilisierung und Kontrolle ihrer Klientel. Bei einer Größe wie derjenigen Ägyptens ist dies vor allem in ländlichen Gebieten von Bedeutung.

Die NDP ist die einzige Partei, die über einen freien Zugang zu den staatlich kontrollierten Medien, insbesondere Rundfunk und Fernsehen, verfügt. Da die Analphabetenquote rund 50 Prozent beträgt, kann somit die Regierungspolitik die gesamte Bevölkerung erreichen.

Die Bedeutung des Militärs wurde auch unter Mubarak, der selbst dem Militär entstammt, in der Öffentlichkeit weiter zurückgedrängt. Um sich aber die Loyalität des Militärs auch weiterhin zu sichern, hat Mubarak die „Belohnung“ der Armeeingehörigen

fortgesetzt. Dies gewinnt schon alleine dann Gewicht, wenn man sich vor Augen hält, daß es in Ägypten allein im Offiziersrang 5000 Generäle gibt. Im Bereich der militärischen und zivilen Produktion spielt das Militär eine überragende Rolle. Zwischen beiden Produktionssektoren besteht eine enge Verzahnung. Durch westliche Militärhilfe, insbesondere durch die USA, kann den Militärs eine stetige Modernisierung ihrer Waffensysteme garantiert werden. Die etwa eine Million Angehörigen aller Waffengattungen und ihre Familien werden durch soziale, medizinische und andere Leistungen zur Loyalität verpflichtet. Dadurch wird das Militär auch in Zukunft seine Rolle als Sicherheitsgarant hinter den Kulissen wahrnehmen. In bisher allen innen- und außenpolitischen Krisen ist die Armee anschließend wieder in die Kasernen zurückgekehrt und überließ die Politik den Zivilisten.

Zur Regimekoalition zählt auch das religiöse Establishment der Al-Azhar-Universität, deren religiöse Würdenträger nicht nur in Ägypten, sondern in der gesamten arabischen Welt, wo der sunnitische Islam die vorherrschende Glaubensrichtung ist, ein großes Gewicht haben. Ihre religiösen Gutachten (arab. *Fatwah*) legitimieren wichtige politische Entscheidungen, wie z.B. Ägyptens aktive Teilnahme am zweiten Golfkrieg gegen den Irak. Ägyptens Präsident Sadat ließ sich den Friedensschluß mit Israel ebenfalls durch eine *Fatwah* religiös absegnen.

Die nach außen heterogenste Gruppe sind die Vertreter des in den letzten Jahren enorm gewachsenen privatwirtschaftlichen Sektors. Da deren Vertreter nicht unabhängig vom Staat agieren können, suchen sie, da wo sie es für notwendig erachten, die Nähe zum politischen Machtzentrum. Bisher zeichneten sie sich nicht durch ein besonders deutlich artikuliertes Engagement in Richtung politischer Liberalisierung aus. Es beschränkte sich bisher eher auf die wirtschaftlichen Aspekte, wie Deregulierung, Abbau von Zollschränken etc.<sup>13)</sup> Die Direktoren und Manager der Staatsbetriebe, bei denen es sich sehr oft um ehemalige Militärs handelt, sehen in der fortschreitenden Privatisierung und im wachsenden Privatsektor eine Bedrohung ihrer bisher nicht angetasteten Privilegien. Das Regime versucht, sie durch eine Verzögerung der Privatisierungsmaßnahmen zu be-

13) Vgl. Moheb Zaki, *Civil Society and Democratization in Egypt, 1981-1994*, Kairo 1995 und ders., *Egyptian Business Elites. Their visions and investment behavior*, Kairo 1999.

schwichtigen. Deren Loyalität ist nicht nur für die Stabilität des Regimes von Bedeutung, sondern auch wegen der „Renteneinkommen“. Dabei handelt es sich einerseits um externe finanzielle Zuflüsse in Form von Militär-, Wirtschafts- und Finanzhilfe, die aus politischen Gründen gewährt werden. Zu diesen „Renteneinkommen“ zählen andererseits die internen Einnahmen aus den Transitgebühren des Suez-Kanals, Öleinnahmen, des Tourismus und – indirekt – Gastarbeiterüberweisungen. Läßt der Staat immer mehr Privatisierung zu, muß er möglicherweise den Kontrollverlust über bisher gesicherte Einnahmen aus Devisenzuflüssen, Steuern und Abgaben befürchten.

### ■ **Die Verankerung des Plebiszits in der ägyptischen Verfassung**

In der ägyptischen Verfassung werden dem Präsidenten weitreichende Vollmachten eingeräumt. Der Präsident ernennt und entläßt einen oder mehrere Stellvertreter (Vizepräsidenten), den Premierminister sowie die Fachminister. Er ist der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, er kann Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen und internationale Verträge schließen, die anschließend von der Nationalversammlung gebilligt werden müssen. Formal kontrolliert das Parlament zwar Präsident und Regierung und kann ihnen das Mißtrauen aussprechen, da aber die Regierungspartei NDP über rund 90 Prozent der Sitze im Parlament verfügt und der Staatspräsident gleichzeitig ihr Vorsitzender ist, ist dies eher eine theoretische Option. Nach der Ermordung seines Vorgängers Sadat 1981 verhängte Präsident Mubarak den Ausnahmezustand, der bis heute in Kraft ist. Dadurch werden verfassungsmäßig verbriefte Rechte (z.B. Meinungs- und Versammlungsfreiheit) eingeschränkt. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes ist eine zentrale Forderung von Oppositionsparteien und Menschenrechtsvereinigungen. Um sich bei wichtigen Angelegenheiten eine breite Legitimation in der Bevölkerung zu verschaffen, kann der Präsident einen Volksentscheid anberaumen.

Laut ägyptischer Verfassung muß ein Präsidentschaftskandidat von mindestens einem Drittel der Abgeordneten der Nationalversammlung vorgeschlagen

werden. Der Kandidat, der eine Zweidrittelmehrheit auf sich vereint, wird den wahlberechtigten Bürgern für einen Volksentscheid vorgeschlagen. Ein Kandidat gilt als gewählt, wenn er die absolute Mehrheit der Stimmen in dem Referendum erreicht. Eine Beschränkung auf eine bestimmte Anzahl von Amtsperioden besteht nicht.

Die ägyptische Nationalversammlung hat am 2. Juni 1999 den amtierenden Staatspräsidenten Hosni Mubarak für eine vierte (sechsjährige) Amtszeit nominiert. Dr. Fathi Surur, der Präsident der Nationalversammlung, erklärte, daß 443 Abgeordnete von 454 Mitgliedern der Nationalversammlung für eine erneute Nominierung von Präsident Mubarak für eine weitere Amtszeit gestimmt hätten. Zuvor hatte am 24. Mai 1999 der Konsultativrat (*Majlis al-Shura*) unter der Leitung von Dr. Mustafa Kamal Hilmi die Wiederwahl Mubaraks unterstützt. An der Wiederwahl Mubaraks, die noch durch ein landesweites Referendum von den wahlberechtigten Bürgern am 26. September 1999 bestätigt werden mußte, bestand von Anfang an kein Zweifel.

Von den im Parlament vertretenen 454 Abgeordneten sind 444 gewählt und zehn vom Präsidenten ernannt. Nach einer fast dreistündigen Sondersitzung des Parlamentes stimmten 443 Abgeordnete der Regierungspartei NDP, die 90 Prozent der Abgeordneten stellen, sowie fast alle Oppositionsparteien für die Nominierung Mubaraks. Er war der einzige Kandidat. Am gleichen Tag führte Parlamentspräsident Surur gemäß ägyptischem Brauch eine Parlamentarierdelegation an, die Mubarak im Präsidentenpalast über die Entscheidung informierte. Mubarak erklärte gegenüber der Delegation, „daß die Pflicht ihm keine andere Wahl lasse, als die Nominierung des Parlamentes zu akzeptieren“.

Am folgenden Tag sprach eine 254köpfige Delegation des Konsultativrates bei Mubarak vor, um ihm seine Unterstützung auszusprechen. Mubarak traf außerdem mit dem Großscheich der Al-Azhar-Moschee, Mohamed Sayed Tantawi und Papst Schenouda III., dem Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche zusammen, die beide die Nominierung unterstützten. Scheich Tantawi und Papst Schenouda III. erklärten, ihre Unterstützung spiegele die tief verwurzelte Einheit zwischen Muslimen und Christen

wider. Diese gemeinsame Erklärung ist sicher auch als Beschwichtigung für alle Skeptiker im In- und Ausland zu interpretieren, da es in Oberägypten, wo überproportional viele Kopten leben, immer wieder zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Kopten kommt. Eine gleichlautende Unterstützung kam auch vom „Höchsten Rat der Streitkräfte“ durch Verteidigungsminister Feldmarschall Mohamed Hussein Tantawi und vom „Höchsten Polizeirat“ durch Innenminister Habib Al-Adli.

Für Beobachter war dieses Mal überraschend, daß die Oppositionsparteien sich über die Nominierung Mubaraks äußerst uneinig zeigten. Hier ist ein signifikanter Positionswechsel festzustellen. Hatten bei früheren Abstimmungen die Oppositionsparteien die Nominierung Mubaraks stets abgelehnt, stimmten sie dieses Mal mehrheitlich für seine Nominierung. Darin zeigt sich, daß keine der Oppositionsparteien über einen Kandidaten mit gleichem Charisma und Format wie Mubarak verfügt.

In der liberalen Wafd-Partei, der größten Oppositionspartei, gelang es Parteichef Yassin Serageddin, der für seine moderate Position und die engen Beziehungen zur Regierung bekannt ist, im Höchsten Parteirat eine Mehrheit von 23 zu 19 Stimmen für die Nominierung Mubaraks zu gewinnen. Doch gleichzeitig drückte Serageddin die Hoffnung aus, daß die vierte Amtsperiode Mubaraks mit der Einführung politischer Reformen verbunden werde, darunter die Aufhebung der Notstandsgesetze, Verfassungsänderungen und faire Parlamentswahlen, die im November 2000 stattfinden sollen.

Khaled Mohieddin, Führer der linken Tagammu-Partei, erklärte, die Tagammu habe Vorbehalte gegen das System der Präsidentenwahl, aber nicht gegen die Person Mubaraks. Er lobte Mubarak für die Tolerierung von Kritik und der Oppositionspresse. Die Tagammu entschied sich gegen die Abhaltung einer internen Abstimmung über die Nominierung. Die fünf Abgeordneten stimmten dann im Parlament mit „Ja“ und schlossen sich der Parlamentarierdelegation, die zum Präsidentenpalast zog, an. Der Positionswechsel der Tagammu gilt als Triumph für Generalsekretär Rifaat Al-Said, der engere Beziehungen zur Regierung befürwortet. Sein Stellvertreter Abdel

Ghaffar Shukr reichte darauf aus Protest seinen Rücktritt ein.

Auch acht kleinere Oppositionsparteien erklärten ihre Unterstützung für die Nominierung Mubaraks. Nur die nasseristische Partei sprach sich gegen Mubarak aus und der einzige Abgeordnete der Partei blieb der Nominierungssitzung fern, entschuldigte sich aber anschließend für sein Verhalten. Parteichef Diaeddin Dawoud kritisierte den Positionswechsel von Wafd und Tagammu und bezeichnete diesen als taktischen Zug, um bei den nächsten Parlamentswahlen mehr Stimmen zu erhalten. Die islamistisch orientierte Arbeiterpartei ließ durch ihren Generalsekretär erklären, daß die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten kein Thema für die Partei sei.

Die Ratlosigkeit der Oppositionsparteien wird durch deren Abstimmungsverhalten offenkundig. Die Opposition ist, wie in praktisch allen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, programmatisch und personell zu schwach, als daß sie der Regierungspartei NDP ernsthaft etwas entgegenzusetzen hätte. Die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme (u.a. hohe Arbeitslosigkeit und Analphabetenrate, Rückgang der Devisenzuflüsse) bleiben ungelöst. Das Assoziationsabkommen zwischen Ägypten und der Europäischen Union liegt unterschiftsreif in der Schublade.

#### ■ **Der „Wahlkampf“: eine peinliche Propagandaschlacht**

Obwohl am Ausgang des Präsidentenplebiszits von Anfang an kein Zweifel bestand, wurden von seiten der Regierungspartei NDP, der Regierung und der Medien ein äußerst engagierter Wahlkampf geführt, als ginge es darum, dem amtierenden Präsidenten Mubarak gegen weitere politische Mitbewerber zum Sieg zu verhelfen.

Am 9. September 1999, rund zwei Wochen vor dem Referendum, wurde der Wahlkampf offiziell in der Provinz Minufyya eröffnet, aus der Mubarak und die meisten Vertreter der politischen Elite stammen. Nicht weniger als sieben Minister nahmen an der Wahlkundgebung teil, die etwa 20 000 Bürger anzog. In allen Provinzen des Landes fanden weitere Solidaritätskundgebungen statt. Ziel der massiven

Wahlpropaganda zugunsten einer Wiederwahl des bisherigen Amtsinhabers für eine vierte sechsjährige Amtszeit war die Mobilisierung der rund 24 Millionen stimmberechtigten Ägypter. Laut Wahlgesetz ist jeder Ägypter beim Referendum mit der Vollendung des 16. Lebensjahres, der in ein Wahlregister eingetragen ist, stimmberechtigt. Bei Parlaments- und Kommunalwahlen liegt das Wahlalter bei 18 Jahren. Die Wähler sollten mit einer möglichst hohen Wahlbeteiligung für eine deutlich ausfallende Legitimation des Amtsbewerbers sorgen. Im Vorfeld der Wahlkampagne gab sich Präsident Mubarak bescheiden: er wünsche sich eine hohe Wahlbeteiligung, was aber nicht einschließe, daß automatisch jeder Wahlberechtigte mit „Ja“ stimme. Die Sorge der politischen Elite, eine geringe Wahlbeteiligung beim Referendum würde als mangelnde Zustimmung gedeutet werden, war nicht ganz unbegründet, da viele Wähler den Gang zur Wahlurne mit der Begründung scheuten, Mubarak würde sowieso mit überwältigender Mehrheit von der Bevölkerung den Auftrag für eine vierte Amtszeit erhalten.

Die Regierungspartei NDP, deren Vorsitzender Mubarak ist, lancierte in den acht staatlichen Fernsehprogrammen täglich mehr als ein Dutzend Werbespots. Die Straßen, Häuser und Geschäfte Kairos und des ganzen Landes waren in ein einziges buntes Meer von Transparenten getaucht, die alle nur eines verkündeten: „Ja zu Mubarak!“ In vorausseilendem Gehorsam schalteten in den Zeitungen staatliche und private Unternehmen ganzseitige Anzeigen mit Ergebnissadressen an den Präsidenten. Gleichzeitig warben die Firmen für ihre Produkte.

Gouverneure und die von der Regierungspartei NDP dominierten Stadtteilräte übten auf Geschäftsinhaber und Handwerker erheblichen Druck aus. Ladenbesitzer, die vor ihren Geschäften keine Transparente aufhängen wollten, die ihre Zustimmung zu Mubarak verkündeten, wurden von der Polizei pro forma für andere Verstöße mit Strafen belegt, mittels derer die Transparente finanziert wurden, da Mubarak die staatliche Finanzierung von Wahlplakaten verboten hatte.

Der Gouverneur von Giza ließ in Kairo (der Nil bildet die Grenze zwischen den Gouvernements Kairo und Giza) vor einem Fünf-Sterne-Hotel einen

Obelisk aus Marmor mit dem Konterfei des Präsidenten errichten. Die gleichnamige Zeitung der größten Oppositionspartei *Al-Wafd* geißelte in einem am Vortag des Referendums erschienenen Artikel die Verschwendungssucht der Regierungspartei NDP sowie der Gouverneure und Stadtteilräte. Die Ausschmückung der „Straße der Liga der Arabischen Staaten“ mit Stoffbannern, hölzernen Plakatständern und Lampen hätte allein 166 000 ägyptische Pfund (rund 90 000 DM) gekostet. Für Werbung, die der Präsident nicht brauche, seien mehr als 150 Millionen Pfund (rund 80 Millionen DM) ausgegeben worden, heißt es da<sup>14)</sup>.

14) S. dazu: „Hal yataḡ ar-ra‘is Mubarak kull hada?“ (Braucht Mubarak all dies?), in: *Al-Wafd*, 25. 9. 1999.

Der Großscheich der Al-Azhar-Moschee, Mohamed Sayed Tantawi, und das Oberhaupt der christlichen Kopten, Papst Shenouda III., riefen die wahlberechtigte Bevölkerung auf, für Mubarak zu stimmen, und deklarierten das „Ja für den Präsidenten“ quasi zur heiligen Pflicht. Da wie bei den vorangegangenen Plebisziten ein mehr oder weniger großes Revirement bei Ministern, Gouverneuren und anderen hochrangigen Militärs und Beamten nach dem Referendum erwartet wird, bemühten sich jene eifrig, beim Präsidenten einen guten Eindruck zu machen. Minister und Gouverneure organisierten öffentliche Wahlkundgebungen, in denen die Verdienste von Präsident Mubarak herausgestrichen wurden.

#### ■ Der Wahlverlauf

Am Wahltag, einem Sonntag, der in Ägypten normaler Arbeitstag ist, waren die 40 907 Wahllokale von morgens acht Uhr bis nachmittags 17 Uhr geöffnet. Hauptsächlich wurden Schulen und andere öffentliche Gebäude zu Wahllokalen umfunktioniert. Die Stimmberechtigten konnten öffentliche Verkehrsmittel wie Busse und Bahnen kostenlos benutzen, um zu den Wahllokalen zu gelangen. Ab 12 Uhr mittags war arbeitsfrei. Da bis dahin noch recht wenig Wahlberechtigte von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hatten, wurden die Angestellten und Arbeiter von Staatsbetrieben, aber auch von Privatunternehmen mit Bussen und anderen Transportmitteln zu den Wahllokalen gebracht, um geschlossen ihre Zustimmung für Mubarak zu geben. In den Wahllokalen fand die Abstimmung nach Geschlechtern getrennt statt. Wahlkabinen und Umschläge für den



Wahlzettel, beides Voraussetzungen einer geheimen Abstimmung, waren nicht vorhanden<sup>15)</sup>.

### ■ Analyse des Wahlergebnisses

Am Tag nach dem Referendum gab Innenminister Habib Al-Adli die endgültigen Ergebnisse des Referendums über die vierte Amtsperiode von Präsident Hosni Mubarak bekannt. Von den 23 934 907 registrierten Wählern befürworteten 17 554 856 eine vierte Amtszeit, das waren 93,79 Prozent aller gültigen Stimmen. 1 162 525 Abstimmungsberechtigte (= 6,21 Prozent) sprachen sich dagegen aus. 340 512 Stimmen waren ungültig. Die Wahlbeteiligung lag bei 79,2 Prozent.

	1981	1987	1993	1999
Zahl der eingetragenen Wähler	12 028 362	14 368 247	18 897 866	23 934 907
Zahl der abgegebenen Stimmen	9 754 766	12 711 784	15 904 512	18 957 893
Wahlbeteiligung in Prozent	81,03 %	88,4 %	84,16 %	79,2 %
gültige Stimmen	9 717 554	12 445 022	15 678 492	18 717 381
ungültige Stimmen	37 212	266 762	226 020	340 512
Ja-Stimmen absolut	9 567 904	12 083 627	15 095 025	17 554 856
Ja-Stimmen in Prozent	98,46 %	95,08 %	96,28 %	93,79 %
Nein-Stimmen absolut	149 650	361 395	583 467	1 162 525
Nein-Stimmen in Prozent	1,54 %	4,92 %	3,72 %	6,21 %

Das Ergebnis des Referendums, in dem knapp 94 Prozent der Stimmen für den amtierenden Staatspräsidenten Mubarak abgegeben wurden, ist keine Überraschung<sup>16)</sup>. Trotzdem sind einige der veröffentlichten Zahlen bemerkenswert. Im Vergleich zu den drei vorangegangenen Referenden ist die Zustimmung für Mubarak um knapp 2,5 Prozent zurückgegangen. Die Anzahl der Neinstimmen hat sich gegenüber dem letzten Referendum von 1993 auf über eine Million Stimmen verdoppelt. Rechnet man hinzu, daß fünf Millionen Wahlberechtigte der Abstimmung ferngeblieben sind und somit nicht für Mubarak gestimmt haben, ergibt sich rechnerisch, daß rund sechs Millionen, das sind ein Viertel der knapp

15) Der Verfasser besuchte zusammen mit Vertretern der deutschen Botschaft mehrere Wahllokale. Die Besichtigung war ohne Probleme möglich. Um ihren Eifer zu demonstrieren, stimmten die Wahlberechtigten vor den Augen der Beobachter ab und kreuzten auf dem Wahlzettel, der mit dem Portrait des Präsidenten versehen war, den grün unterlegten Kreis für „Ja“ an. Der Kreis, der für eine ablehnende Haltung vorgesehen war, hatte bezeichnenderweise die Farbe schwarz.

### ■ Tabelle 1: Die Ergebnisse der Präsidentschaftsreferenden in Ägypten von 1981-1999

Quelle: für die Jahre 1981-1993: Olaf Köndgen „Präsidentschaftsreferendum in Ägypten: Mubarak zu Beginn seiner dritten Amtsperiode“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 3/94, S. 90; für 1999: Innenministerium der Arabischen Republik Ägypten vom 27. 9. 1999.

16) S. dazu: „Gähnende Leere in vielen Wahllokalen. In Kairo gehen vor allem die Staatsangestellten wählen. Die Behörden sind hilflos“, in: *die tageszeitung*, 27. 9. 1999; „Ägypter stimmen über Mubarak ab. Bestätigung des Staatsschefs mangels Gegenkandidaten sicher“, in: *Süd-deutsche Zeitung*, 27. 9. 1999; „Traumergebnis mit Fragezeichen. Widersprüchliche Angaben zur Wahlbeteiligung“, in: *Die Welt*,

28. 9. 1999; „Les Egyptiens ont fait massivement ‚allégeance‘ à M. Mubarak“, in: *Le Monde*, 28. 9. 1999; „Mubarak erneut zum Präsidenten gewählt“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28. 9. 1999; „Ein Sieg, der zur Niederlage führt. Mubaraks fast 100-Prozent-Ergebnis wird längst notwendige Reformen in Ägypten verhindern“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28. 9. 1999.

24 Millionen Wahlberechtigten, gegen eine weitere Amtsperiode Mubarak sind. Zwar hat sich gegenüber dem letzten Referendum die Zahl der Wahlberechtigten um fünf Millionen erhöht, aber gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung um fünf Prozent zurückgegangen, so daß tatsächlich nur drei Millionen „neue“ Stimmen hinzu gekommen sind. Ebenso hat sich die Zahl der ungültigen Stimmen um über 100 000 erhöht. Dies ist sicher nicht nur auf die Unkenntnis der Wähler zurückzuführen, sondern kann auch als Protest gedeutet werden, da diese 340 000 Wähler zwar zur Wahl gehen, aber kein eindeutiges Votum abgeben wollten.

Über die Wahlbeteiligung gab es widersprüchliche Angaben. Die im Vergleich zum letzten Referendum niedrigere Wahlbeteiligung könnte tatsächlich noch geringer ausgefallen sein. Dies würde aber bedeuten, daß nachträglich Stimmen hinzugefügt worden wären, was sich aber nicht beweisen läßt.

### ■ Ausblick

Zwar hat Präsident Mubarak ein ‚Traumergebnis‘ erzielt, aber der durch deutlich mehr Nein-Stimmen und einer Wahlbeteiligung unter 80 Prozent ausgedrückte leise Protest ist unüberhörbar. Mubarak selbst ist sicher bei der großen Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung unumstritten, aber der geringere Zuspruch signalisiert auch den Wunsch nach politischen und sozialen Veränderungen.

#### *Bedrohung durch den Islamismus*

Innenpolitisch hat für Mubarak neben wirtschaftlichen und sozialen Reformen die Bekämpfung der radikalen Islamisten oberste Priorität. Die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme Ägyptens (hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, weitverbreitete Armut; laut Weltbank müssen rund 4,3 Millionen Ägypter (= 7,6 Prozent) täglich von einem US-Dollar leben und 32 Millionen (= 51,9 Prozent) täglich von zwei US-Dollar) bildeten in den vergangenen Jahren einen Nährboden für islamistische Aktivitäten. Hinzu kam die Radikalisierung einiger islamistischer Gruppen, die in blanken Terror sowohl gegen Ägypter als auch ausländische Touristen mündete. Zuletzt wurden 1997 Dutzende ausländischer Touristen in Kairo und

Luxor von radikalen Islamisten ermordet. Am 18. April 1999 fand vor einem Militärgericht in Kairo der seit der Ermordung von Präsident Anwar Al-Sadat 1981 größte Prozeß gegen 107 mutmaßliche Islamisten statt. Einen Tag nach dem mißglückten Anschlag auf Präsident Mubarak lieferten sich Sicherheitskräfte und Islamisten am 7. September 1999 ein Feuergefecht in Giza, bei dem vier Islamisten, darunter der Führer der radikalen Jamat-Gruppe von Oberägypten, getötet wurden.

Zwar haben die islamistischen Gruppen der *Jamat Islamiyya* und des *Djihad* ihren Verzicht auf Gewalt verkündet, aber wie die sporadisch gemeldeten bewaffneten Auseinandersetzungen der Sicherheitskräfte mit Anhängern islamistischer Gruppen zeigen, können die verantwortlichen Führer, die für die islamistischen Gruppen sprechen, nicht garantieren, daß alle Mitglieder sich an den Gewaltverzicht halten. Ähnlich wie in Algerien, wo die islamistischen Gruppen der „bewaffneten islamischen Armee“ GIA und die „bewaffnete islamische Armee“ AIS, der militärische Flügel der islamischen Heilsfront FIS, zwar der Gewalt abgeschworen haben, gibt es auch in Ägypten selbst ernannte Emire, die mit einigen wenigen Anhängern weiterhin auf Terroraktionen setzen. Insgesamt aber haben die Sicherheitskräfte in den letzten Jahren mit unbarmherziger Härte die islamistischen Terrorgruppen zerschlagen und Hunderte ihrer Anhänger verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Dies geschah meist mit Mitteln (Folter, unwürdige Haftzustände), die den Protest von Menschenrechtsorganisationen hervorgerufen haben.

#### *Der Ruf nach Veränderungen*

Während Oppositionsparteien, Nichtregierungsorganisationen und Intellektuelle einen radikaleren Politikwechsel fordern, hat Präsident Mubarak demgegenüber klargemacht, daß der Reformprozeß bereits im Gange sei und von ihm stetig, aber ohne allzu große Brüche, fortgesetzt werden würde.

Dies läßt sich auf vier Bereiche beziehen: die politische Elite, Veränderungen des politischen Systems sowie bildungspolitische Reformen und die Fortführung wirtschaftlicher sowie siedlungspolitischer Großprojekte.

Am 5. Oktober 1999 wurde Mubarak als Präsident für eine vierte sechsjährige Amtszeit anlässlich einer Sondersitzung des ägyptischen Parlaments vereidigt. Gemäß der Verfassung trat die Regierung unter Ministerpräsident Kamal Al-Ganzouri am gleichen Tag geschlossen zurück. Im Vorfeld des Referendums wurden Forderungen laut, die „Gerontokratie“ im Kabinett zu beenden und durch neue Köpfe deutlich zu verjüngen. Dazu gehörten auch nicht endende Spekulationen, wer von den altgedienten Ministern sein Amt aufgeben müsse. Präsident Mubarak machte aber deutlich, daß die Schlüsselministerien Äußeres, Inneres, Information und Verteidigung in den Händen der bisherigen Amtsinhaber bleiben würden. Zum neuen Ministerpräsidenten bestimmte Mubarak den bisherigen Minister für Staatsbetriebe, Atef Ebeid, der ebenso für die Privatisierung zuständig war.

Die Forderung politischer und verfassungsmäßiger Reformen, die von Oppositionsparteien und Menschenrechtsorganisationen erhoben werden, beziehen sich vor allem auf fünf Punkte: die Aufhebung des seit 18 Jahren andauernden Ausnahmezustandes, die Sicherung freier Wahlen, die ungehinderte Zulassung weiterer politischer Parteien, die Erlaubnis zur Gründung von (privaten) Zeitungen und Fernsehsendern sowie die Garantie für unabhängige Gewerkschaften und eine ungehinderte Entfaltung der Zivilgesellschaft, womit vor allem die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen gemeint ist.

Mubarak hat sich bereits vor dem Referendum zu diesen Veränderungen geäußert. In einem Interview mit der Armeezeitschrift Oktober vom 19. September 1999 machte Mubarak dazu allerdings nur sehr allgemein gehaltene Einlassungen, indem er zwar Veränderungen ankündigte, bewußt aber jegliche Konkretisierung vermied, um sich dadurch alle Optionen offen zu halten. Er kündigte nur ein umfassendes „Projekt“ an, das er dem Parlament und dem eine beratende Funktion einnehmenden Shura-Rat vortragen werde. Diese Äußerungen werden die Kritiker (vorerst) sicher nicht zufrieden stellen.

Um das danieder liegende Ausbildungssystem zu verbessern, hat Mubarak eine Bildungsoffensive angekündigt. Tausende von Schulen sollen gebaut, neue Curricula entworfen und der Ausbildungsstand des

Lehrpersonals verbessert werden. Bei einer rasch wachsenden Bevölkerung und einer hohen Jugendarbeitslosigkeit ist die Schaffung von Arbeitsplätzen eines der vordringlichsten Probleme. Die im Bau befindlichen Großprojekte wie das gigantische Siedlungsprojekt Toshka, der Bau eines neuen Containerhafens und Industriegebietes in Port Said und in Suez sollen Abhilfe schaffen. Bisher brachten die gigantischen Siedlungsprojekte in der Wüste zur Entlastung des überbevölkerten Niltales nicht den erwünschten Erfolg.

Zu Präsident Hosni Mubarak gibt es derzeit keine Alternative im Land. Außenpolitisch gilt er als berechenbarer Politiker, der insbesondere mit dem neuen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak dem festgefahrenen Friedensprozeß im Nahen Osten wieder neue Impulse geben will. Die Unterzeichnung des River Wye II-Abkommens in Scharm Al-Scheich am 5. September 1999 zwischen dem israelischen Premierminister Barak und Palästinenserchef Arafat, bei dem Mubarak, Jordaniens König Abdallah II. sowie die amerikanische Außenministerin Albright zugegen waren, ist nicht zuletzt ein Verdienst der diplomatischen Bemühungen des ägyptischen Präsidenten. Mubarak muß aber im Inland die Friedensgegner davon überzeugen, daß der Normalisierung der Beziehungen zu Israel eine hohe Priorität zukommt. Gleichzeitig gilt für ihn aber, daß aus dem „kalten Frieden“ für alle Seiten, einschließlich der Palästinenser, nur Vorteile erwachsen können, wenn die arabischen Nachbarn endlich die lang erwartete und von vielen schon aufgegebene „Friedensdividende“ einfahren können.

Vor allem aber wird Mubarak in Zukunft von den Ägyptern daran gemessen werden, ob er willens und in der Lage ist, die erwarteten substantiellen politischen und wirtschaftlichen Reformen in die Tat umzusetzen. Seine politische Legitimität und auch die seiner arabischen Amtskollegen steht auf dem Prüfstand. Es bestehen allerdings berechnete Zweifel, ob der Druck von der Straße zur Zeit groß genug ist, daß sich die arabischen Präsidenten genötigt sehen, dem Ruf nach mehr Demokratie Folge zu leisten. Im Augenblick denken alle zuerst an ihren Machterhalt.

Das Manuskript wurde am 5. Oktober 1999 abgeschlossen.